



005802

375 017 / 65221 mm2 / 0 Scaled

Seite / Page 17

Nordschweiz
Liestal 4410
Aufl./Tir. 6x wöchentlich 27906

10 03 99

«Die Lehrer haben privilegierte Jobs»

Martin Leuenberger, Direktionssekretär der EKD, ist bald ein Jahr im Amt



Die Region Basel mache dem Kanton Aargau den Fachhochschul-Standort Windisch nicht streitig, dieser aber der Region Basel den Standort Muttenz, meint Martin Leuenberger, Direktionssekretär der Erziehungs- und Kulturdirektion.
Foto Zimmer

Der ganze Bereich Bildung sei im Moment im Umbruch, meint Martin Leuenberger. Der Direktionssekretär der Erziehungs- und Kulturdirektion (EKD) findet seine Arbeit deshalb sehr interessant – obwohl die Projekte der EKD zum Teil heftig kritisiert werden.

bz: Herr Leuenberger, in Sachen Bildungspolitik scheint im Baselbiet einiges schief zu laufen. So wurde etwa die Reform der Sekundarstufe I heftig kritisiert. Die Diskussion um die Schuldauer ist noch immer nicht abgeschlossen. Ist Ihr Job unter diesen Umständen nicht frustrierend?

Martin Leuenberger: Nein, nein. So frustrierend, wie Sie denken, ist das alles nicht. Probleme gehören dazu – genauso wie Kritik. Ob Probleme echt sind und Kritik berechtigt ist, hängt immer von der eigenen Wahrnehmung ab. Die Fra-

ge ist vielmehr, wann und wie Kritik vorgebracht wird. Wenn Probleme auftauchen, muss das nicht unbedingt mit «Frust» verbunden sein. Frustration entsteht nur, wenn Probleme nicht gelöst, sondern nur verschoben werden. Natürlich gibt es in meiner Arbeit mitunter Enttäuschungen – aber nicht «Frust». Da bin ich auch nicht der Typ dazu.

Interview: Alex Reichmuth

Wie ist denn die Stimmung unter Ihren Kolleginnen und Kollegen der EKD angesichts der Tatsache, dass so vieles, was von dieser Direktion kommt, heftig kritisiert wird?

Die Stimmung in der Direktion scheint mir ziemlich «gschaffig». Die Bildung befindet sich im Moment generell in einem Umbruch. Es gibt jede Menge Gremien und Gruppen, die Neues austüfteln – zum Beispiel Frühenglisch, die Basisstufe Kindergarten/Primarschule oder Bildungsgutscheine. Wichtig ist

auch die gesellschaftliche Forderung, dass jede und jeder nach den eigenen Bedürfnissen gebildet werden soll. Das gibt bei uns in der Direktion viel Arbeit. ... die aber interessant ist?

Auf jeden Fall.

Umstritten ist in Sachen Bildung vor allem die Schuldauer bis zur Maturität. Nachdem die Diskussion im letzten Frühling erledigt schien, hat der Landrat nun wieder ein Postulat für eine Verkürzung überwiesen. Wird diese heiß umstrittene Frage im kommenden Bildungsgesetz geregelt oder



ausgeklammert?

Das Bildungsgesetz wird dieses Jahr in eine breite Vernehmlassung geschickt. Das neue Gesetz soll vor allem als Rahmen dienen. Es soll drin stehen, dass die Schuldauer in einem Dekret geregelt wird und somit Sache des Landrates ist. Sicher wird diese Frage aber noch viel zu diskutieren geben – in Sachen Bildung fühlen sich ja alle als Expertin oder Experte.

Wird das Bildungsgesetz nicht zu einer leeren Hülle, wenn die entscheidenden Fragen ausgeklammert werden?

Nein, das Bildungsgesetz ist sicher keine leere Hülle. Ganz klar soll es aber nur einen Rahmen vorgeben, um mehr Flexibilität zu erreichen.

Einer der Bausteine dieses Gesetzes, die Reform der Sekundarstufe I, wurde in Lehrerkreisen schlecht aufgenommen. Wollen die Lehrkräfte die integrierte Sekundarstufe I überhaupt?

Ja, das denke ich schon. Es gibt ja viele Voten aus diesen Kreisen, die der Sache grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Das Paket ist ja auch nicht als Ganzes «verriissen» worden, sondern einzelne Aspekte wurden kritisiert. Unglücklich war wohl der Zeitpunkt der Vernehmlassung, nämlich mitten in den Schulferien.

Es fällt generell auf, dass die Lehrerschaft die Vorschläge der EKD oft heftig kritisiert und zum Teil sogar ablehnt. Ist der Eindruck richtig?

Nur zum Teil. Es gibt viele Lehrpersonen, die sich aktiv an den Projekten beteiligen und gute Arbeit leisten. Man muss aber sehen, dass den Lehrerinnen und Lehrern im Moment ziemlich viel Gegenwind entgegenbläst. Lange hatten sie ein sehr gutes Image. Jetzt aber müssen sie um dieses Image kämpfen. Einige Vorwürfe, die der Lehrerschaft gemacht werden, sind zwar nicht gechtfertigt. Andererseits ist nicht abzustreiten, dass die Lehrerinnen und Lehrer sehr privilegierte Jobs haben – etwa in Sachen Lohn, freie Zeit oder Autonomie. Etwas spitz gesagt: Die Lehrerinnen und Lehrer sind gut im Anstimmen des Klagliedes. Wenn

man ihnen zuhört, scheint es aber nie um sie selber zu gehen, sondern immer um die Schülerinnen und Schüler.

Die Schüler werden also vorgeschoben?

Die Lehrerinnen und Lehrer sollten den Mut haben zuzugeben, dass es um sie selber geht. Das ist ja durchaus legitim.

Nochmals zum Bildungsgesetz: Welches sind die wesentlichen Punkte dieses Gesetzes?

Neben der Reform der Sekundarstufe I ist der Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden wichtig – dieser Punkt ist noch nicht geregelt. Von Bedeutung sind weiter Fragen der Trägerschaft der Schulgebäude. Die grosse Revolution wird das neue Bildungsgesetz aber sicher nicht bringen.

Ein weiteresbrisantes Bildungsthema ist die Fachhochschule. Der Bund will ja, dass es in der erweiterten Nordwestschweiz nur noch einen Standort pro Abteilung gibt; daneben kämpft der Kanton Aargau sehr laut für seine Interessen. Unternimmt die Region Basel genug für die Fachhochschule beider Basel?

Polemisch gesagt: Wenn man so laut wie der Kanton Aargau für eine Sache einsteht, heisst das noch nicht, dass diese deswegen richtig ist. Mit dem Bund gibt es allerdings keinen Streit: Der Bund hat einfach die Vorgabe gemacht, dass es in der erweiterten Nordwestschweiz nur noch eine Fachhochschule geben soll, weil er weniger Geld für

Bildung zur Verfügung stellen kann. Die Lösung des Problems überlässt aber den Kantonen. Deshalb ist jetzt der Verteilungskampf losgegangen.

Wäre es da nicht besser, dem Bund geschlossen entgegenzutreten und sich nicht gegenseitig ausspielen zu lassen?

Das wäre eigentlich unsere Position. Wir machen dem Kanton Aargau ja nicht dessen Standort Windisch streitig, aber dieser uns den Standort Muttenz. Im Prinzip ist klar, dass man zusammengehen müsste. Wenn der Partner in dieser Situation aber immer auch der Konkurrent ist, klappt das eben nicht.

Gibt es eine Chance, dass der Bund in dieser Sache noch nachgibt?

Da bin ich zuwenig informiert. Im Moment sieht es sicher nicht danach aus. Man wird sich arrangieren müssen.

Spielt eigentlich für die Arbeit, die Sie machen, Ihre politische Ansicht auch eine Rolle?

Meine Weltanschauung?

Wenn Sie so wollen.

Ja, sicher. Deshalb ist für meine Arbeit auch wichtig, dass ich in wichtigen Fragen einigermassen mit Direktionsvorsteher Peter Schmid übereinstimme.

Mitglied der SP sind Sie aber nicht.

Nein, ich bin parteilos. Ich finde das aber nicht so wichtig. Meine Hauptaufgabe ist es, die Arbeiten der Stabsabteilungen zu koordinieren und zu leiten.

Ist Ihre Tätigkeit wirklich nur eine Verwaltungsaufgabe?

Ja und doch nein. Denn so wie meine Arbeit definiert ist, ist sie eine politische Arbeit im weitesten Sinne. Meine Einstellung und meine Einschätzung spielen eine Rolle. Aber ich habe nicht meine eigene politische Meinung öffentlich zu äussern, sondern die «der Direktion», also die des Vorstehers der EKD, nach «aussen» weiterzugeben.

Persönlich

ar. Martin Leuenberger (44) ist in Allschwil und Basel aufgewachsen. Nach der Matura am Humanistischen Gymnasium studierte er Geschichte und Latein an der Universität Basel. «Lehrer wollte ich aber nie werden», sagt Leuenberger entschieden. Nach dem Lizentiat arbeitete er als Verwaltungsassistent am Historischen Seminar, wo er auch promovierte. Von 1989 bis 1998 leitete er die Forschungsstelle für Basellbieter Geschichte. Seit Mai letzten Jahres ist Martin Leuenberger Direktionssekretär der Basellbieter Erziehungs- und Kulturdirektion. Mit seiner Frau und drei Kindern wohnt er heute in Riehen.